

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 20.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Verbindungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln, den 16. Mai 1913.

Inserationspreis für die viersp. Peitzelle 30 Pfg. Stellengefuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

## Volkswirtschaftliche Grundgedanken der sozialen Reform.

Soziale Reform, zugunsten der unteren Volksschichten, ist nicht nur ein Gebot sittlicher Pflicht. Sie ist auch eine Notwendigkeit für das Gedeihen und die Kräftigung der heimischen Volkswirtschaft. Das muß immer wieder betont werden, namentlich im Hinblick auf die zahlreichen Angriffe, denen unsere Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze von den verschiedensten Seiten ausgesetzt sind. Große und kleine Scharfmacher, im trauten Verein mit einer bereits stattlichen Zahl ihnen ergebener Professoren, können ja nicht genug tun in der Verleumdung unserer sozialen Einrichtungen. Durch all die Angriffe klingt der Ton durch, daß Gewerbe, Handel und Industrie, die durch die soziale Gesetzgebung geschaffenen Lasten kaum noch zu tragen vermöchten.

Professor Heinrich Hertner hat nun kürzlich in einem Vortrag, gehalten im deutschen Frauenbund, in einigen Grundgedanken den volkswirtschaftlichen Wert und die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der sozialen Reform dargelegt. Gegenüber diesen Ausführungen erscheint es fast als eine Verhöhnung am Volke, wenn der Weiterführung der Sozialreform Schwierigkeiten gemacht werden. Nach Hertner ist es die erste Aufgabe der sozialen Reform, Naubbau an der nationalen Arbeitskraft zu verhüten. Wenn jemand regelmäßig durch körperliche oder geistige Anstrengungen mehr Energie verausgabt oder verausgaben muß, als er durch Nahrung, Atmung, Ruhe, Schlaf wieder ersetzt, so findet kein Gebrauch, sondern eine Vernichtung der Kraftstelle selbst statt. Krankheit und vorzeitige Erschöpfung der Lebenskraft stellen sich ein. Es entsteht ein körperlich, geistig und zum Teil auch sittlich minderwertiges Geschlecht, unfähig zur Verteidigung des Vaterlandes mit der Waffe, unfähig aber auch zum erfolgreichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Die soziale Reform will aber nicht nur die Zerstörung der nationalen Energie verhüten, sie will darüber hinaus die körperliche und geistige Spannkraft des Volkes steigern und so ein körperlich starkes, arbeitsfrohes, arbeitsfähiges, geistig und sittlich hochstehendes Geschlecht heranziehen. Sie will auch dafür sorgen, daß die Talente und Begabungen, die in den minderbesitzenden Volksschichten entstehen, zur vollen Entfaltung kommen, so daß sie nicht durch die Ungunst der äußeren wirtschaftlichen Verhältnisse vernichtet und verkümmert werden. Jede Nation hat ein starkes Interesse daran, daß alle Talente auch aus den unteren Volksschichten zur Entwicklung kommen.

Ein möglichst freies Spiel der Kräfte, das rücksichtslos, ungehemmte Daseinskräfte entfacht, hat nach allen Erfahrungen im Laufe der Zeiten gelehrt, daß die heraus erwarteten Vorteile durchaus nicht zutreffen. Breite Schichten der Bevölkerung entwickelten sich bei diesem System des Gehens nicht nach oben, sondern nach unten und zwar sehr tief nach unten. Der englische Schatzkanzler Lord George hat noch vor einiger Zeit auf Grund der Erfahrungen seines Heimatlandes erklärt, daß bei einem solchen System eine erschreckende Vergeudung an Menschenmaterial stattfindet.

Die Nutzbarmachung des Menschenmaterials kann aber in der Regel nur in langen, zähen Kämpfen gegenüber Vorurteilen aller Art, gegenüber denkfaulem Schlenkrian, gegen den Widerstand mächtiger, aber kurzfristiger Sonderinteressen allmählich durchgesetzt werden. Immer wieder muß die Gemeinwohlbedeutung der vorhandenen Mißstände durch eindringende Untersuchungen dargetan, immer wieder gezeigt werden, daß die notwendige Besserung nur mit Hilfe bestimmter Eingriffe oder Organisationen erreicht werden kann. Es muß deshalb überall unendlich viel geschrieben, geredet, agitiert werden, aber auch nur ganz beschiedene Fortschritte zu erreichen sind, ehe „ein Geseslein“ zustande kommt. Dieses notgedrungene Reden und Schreiben über Fragen der Sozialreform ruft dann leicht die Meinung hervor, es würde viel, schrecklich viel, allzuviel auf sozialpolitischem Gebiete getan, es sei höchste Zeit, mal tüchtig zu bremsen. Namentlich aber erragt es in einseitig privatwirtschaftlich orientierten Kreisen — und diese sind für die öffentliche Meinung in der bürgerlichen Welt maßgebend — noch immer Widerspruch, daß in den sozialen Reformen Veranlassungen erblickt werden sollen, die gerade auch im Interesse unserer dauernden volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unserer Stellung auf dem Weltmarkt zu begrüßen sind.

Zwei Beispiele führt Hertner an, durch die es ermöglicht wird, daß die sozialen Lasten durch eine Verminderung der Produktionskosten wieder aufgebracht werden. Einmal durch die Erhöhung der Produktivität, der Ergiebigkeit der Arbeit. Das geschieht z. B. durch Massenproduktion, durch Anwendung wirkamerer Maschinen, durch Einführung von Kraftmaschinen, welche nicht 10—12, sondern 30 und mehr v. H. der Energie des Brennstoffes ausnützen, durch weitgehende Verwendung der Nebenprodukte und Abfallstoffe, durch bessere Arbeitsleistung,

bessere berufliche Ausbildung und Auslese der Arbeiterschaft. Die so erzielten Fortschritte sind nicht nur privatgeschäftliche Gewinne, sondern auch solche der ganzen Volkswirtschaft.

Ein zweiter Weg zur Verminderung der Kosten einer Unternehmung besteht darin, daß diese Kosten, die sie verursacht und deshalb selbst tragen sollte, andern aufbürdet. Wenn ein Geschäft in keiner Weise für die Erkrankungen, welche durch die besondere Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeitsprozesse dieses Betriebes hervorgerufen werden, aufzukommen hat — es handelt sich vielleicht um die Entwicklung größerer Staubmengen oder giftige Gase — wenn es auch keine Entschädigungen bei eintretenden Betriebsunfällen zu zahlen braucht, so sind die Kosten geringer, aber dadurch, daß das Geschäft für diese Schädigungen nicht aufkommt, werden sie natürlich nicht aus der Welt geschafft, sondern es müssen dann andere Leute diese Kosten auf sich nehmen. Zunächst die betroffenen Arbeiter, und wenn diese dazu nicht imstande sind, die Armenpflege, die Wohltätigkeit. Oder wenn wir die Beschäftigung von Kindern und Frauen in gewerblichen Betrieben ohne jede Einschränkung dulden würden, so könnte wohl manche Ersparung bei den Lohnausgaben gemacht werden. Wie stellt sich diese Sache aber vom Standpunkt der Volkswirtschaft dar? Durch die vorzeitige Beschäftigung werden die Kinder in ihrer normalen körperlichen und geistigen Entwicklung gehemmt; sie verkümmern, es erfolgt eine vorzeitige Erschöpfung ihrer Lebenskraft, sie leisten dann als Erwachsene der Volkswirtschaft wenig oder nichts. Sie müssen schließlich auf Kosten anderer erhalten werden. Oder diese Kinder entarten in sittlicher Hinsicht, gefährden später als Verbrecher die ganze Gesellschaft und verursachen dem Staate große Kosten, der sie in Zuchthäusern und Gefängnissen erhalten muß. Und die sogenannte billige Erwerbsarbeit der Frauen kann wieder Haushalt und Familienleben zerrütten, den Mann in die Branntweinschenke treiben, eine körperlich, geistig und sittlich minderwertige Generation entstehen lassen und so ebenfalls die ganze Volkswirtschaft mit sehr hohen Kosten belasten. Je billiger das Geschäft arbeitet, desto mehr muß dann für Kinderheilstätten, Waisenhäuser, Fürsorgeanstalten, Kranken- und Armenhäuser, Trinkerasyle, Irrenhäuser, Magdalenenstifte, für Polizei und Gerichte ausgegeben werden. So kann es für Staat und Gesellschaft sehr kostspielig ausfallen, daß einzelnen Geschäften die Arbeit so billig zu stehen kommt.

Was von dem Geschäftsstandpunkt aus als soziale Last erscheinen kann, das ist also vom Standpunkt der Gesamtheit aus überhaupt oft gar nicht eine neue Last; es handelt sich nur darum, die an und für sich vorhandenen Schädigungen von denen tragen zu lassen, die sie verursacht haben und aus ihnen ihren Nutzen ziehen. Gerade dadurch aber, daß wir mit Hilfe sozialer Reformen die einzelnen Geschäfte zwingen, für die von ihnen verursachten Schädigungen selbst aufzukommen, tragen wir das meiste dazu bei, diese Schädigungen selbst zu vermindern. Sobald ein Gewerbe für die Unfälle, die sich in ihm ereignen, Entschädigungen zu bieten hat, entsteht ein starkes, geschäftliches Interesse, diese Unfälle überhaupt zu verhüten. Ein neuer Zweig der Technik, die technische Unfallverhütung hat sich ausgebildet, und diese ist bereits so fortgeschritten, daß, wie Präsident Conrad Hartmann, der beste Kenner dieser Verhältnisse, erklärt, schon heute oder in nächster Zeit ein Drittel aller Unfälle bei voller Anwendung der Unfallverhütungstechnik unmöglich sein würde.

Wirkt somit die soziale Gesetzgebung schon dadurch auch wirtschaftlich segensreich, daß sie die Unfälle verhüten hilft, so sorgt sie durch zweckentsprechende Behandlung der Kranken und Unfallverletzten dafür, daß die Erwerbsfähigkeit möglichst geringe Unterbrechungen und Einbußen erleidet. Und da nur selten eine volle Entschädigung eintritt, so hat die erdrückende Mehrzahl aller Kranken und Unfallverletzten selbst das größte Interesse an bald eintretender Genesung. Die Invalidenversicherung begünstigt sich bei uns nicht damit, die Invaliden mit Renten auszustatten, sondern sucht mit Hilfe zahlreicher Sanatorien für Lungen- und Nervenkrankte den Eintritt der Invalidität möglichst weit hinauszuschieben. All das führt zu dem volkswirtschaftlich wichtigen Ergebnisse, die Zeit wirtschaftlicher Produktivität im Leben unserer Arbeitsbevölkerung wesentlich zu verlängern. Der Franzose Jucker, der Generalsekretär des ständigen Internationalen Bureau für Sozialversicherung, hat sehr mit Recht erklärt, „das Geld, das Deutschland in die soziale Versicherung steckt, kehrt in tausend Gestalten wieder, es wird Familienglück, Gesundheit, Menschenwürde und schafft ein starkes, lebenskräftiges Deutschland, das ewig dauern wird.“

Und nun der Einwand, daß unsere deutsche soziale Gesetzgebung das Vordringen der deutschen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt hemme.

Warum konnten wir von 1891 bis 1911 unseren Ausfuhrhandel um 143 v. H. steigern, während die Engländer nur 66 v. H. Zunahme erhielten? Wir müssen die Ursachen unseres Aufstieges vor allem bei uns selbst suchen. In der Entwicklung unserer heimischen produktiven Kräfte, in den Investitionen, welche die starke Volksvermehrung abgegeben hat, in

der Disziplinierung der Arbeiterbevölkerung durch die militärische Schulung, in der Blüte der technischen und Naturwissenschaften auf unseren Hochschulen, in dem großem Fleiße und der Unternehmungslust, in der kühnen Initiative und dem Organisationsstalent unserer wirtschaftlich führenden Kreise, aber auch in der gesteigerten geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft, wie sie erst durch die soziale Reform ermöglicht worden ist. Es besteht gar keine Veranlassung, unsere Zukunft trübselig zu beurteilen. Auf alle Fälle wird uns stets die Existenz einer wohlhabenden und tüchtigen Arbeiterbevölkerung einen sehr aufnahmefähigen inneren Markt sichern und dadurch gestatten, über manche Schwierigkeiten hinwegzukommen, die sonst vielleicht eintreten könnten.

Diegt somit, von höherer Warte aus gesehen, die soziale Reform nicht nur, wie oft angenommen wird, im Interesse der besseren Verteilung des Produktionsertrages, sondern gerade auch in der Steigerung der nationalen produktiven Kräfte, so soll damit nicht behauptet werden, daß bei der Durchführung sozialer Gesetze jede Rücksichtnahme auf die privatwirtschaftlichen Bedingungen unserer Produktion unterlassen werden darf. Wir leben nun einmal in einer privatwirtschaftlich organisierten Güterwelt und müssen auf die privatwirtschaftlichen Grundlagen der Unternehmungen selbst dann Rücksicht nehmen, wenn sie einen parasitären Charakter besitzen sollten. Auch wo unabweisbare Mißstände vorliegen, kommt es in der Regel mehr auf eine allmähliche schonende Umbildung zum Besseren als eine plötzliche radikale Umstülpung an. Diese könnte sogar mehr Schaden anrichten, als die Mißstände verursachen, die es zu beseitigen gilt. Aber die Gefahr, diese privatwirtschaftlichen Schranken zu übersehen, ist lange nicht so groß als die, daß über allerhand unerwünschten Folgen und sozialen Lasten die volkswirtschaftlich segensreiche Grundidee der Sozialpolitik verkannt wird.

## Das badische Gewerbeaufsichtsamt im Jahre 1912.

Der Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1912 bringt wiederum wertvolle Angaben zur Beurteilung der Verhältnisse in der Holzindustrie Badens. Aber auch die Tätigkeit der badischen Fabrikinspektion im Allgemeinen bietet des Interessanten und Lehrreichen genug. Den Kollegen kann das eifrige Studium der Fabrikinspektionsberichte nicht eindringlich genug empfohlen werden. Finden sich doch hier die mannigfachen Anregungen und Belehrungen, die insbesondere für den tätigen Gewerkschaftler als äußerst wertvoll bezeichnet werden müssen. Wo einmal für eine Versammlung der „Stoff“ fehlt, da mögen die Jahresberichte der Inspektion, oder, wo diese fehlen, das Verbandsorgan mit dem Bericht zur Hand genommen werden.

Die Zahl der Revisionen, welche im Jahre 1912 vom badischen Gewerbeaufsichtsamt vorgenommen wurden, betrug insgesamt 11222 gegenüber 10953 im Vorjahre. Davon fand statt in der Nacht 14 und 81 an Sonn- und Festtagen. Von den revidierten Anlagen wurden 8852 einmal, 567 zweimal und 64 mehr als zweimal besucht. In den revidierten Anlagen befanden sich 193960 Arbeiter, gleich 68,6% der Gesamtarbeiterzahl.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe kamen auf 100 Betriebe 82,5 Revisionen gegenüber 76,2 im Vorjahre. Damit steht die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe in diesem Berichtsjahre gegenüber den andern Gruppen was die Zahl der auf 100 Betriebe entfallenden Revisionen anbelangt, an vierter Stelle und wird nur übertrifft von der chemischen Industrie mit 117,0, der Industrie der Steine und Erden mit 94,3 und in der Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Leuchtmittel, Seifen, Fette, Öl und Firnisse mit 84,6 Revisionen.

Die Zahl der Revisionen in Hausindustriebetrieben hat gegenüber dem letzten Jahre bedeutend zugenommen und stieg von 163 auf 284. Ebenso in Handwerksbetrieben von 106 auf 164 und auf Neubauten von 216 auf 293. In offenen Verkaufsstellen, Schreibstuben und Lagerräumen fanden 40, in Betriebswerkstätten der Staatsbahnen 33, in Gefängnissen 1, in Lichtspieltheatern 45, in Sand- und Kiesgruben 165 und in sonstigen Anlagen 4 Revisionen statt. Erfreulich erscheint, daß die Gewerbeinspektion auch den „Kino“ erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet, die wohl hoffentlich mit der rapiden Zunahme dieser neuen „Bildungsanstalten“ gleichen Schritt halten wird, besser noch eine progressive Steigerung erfahren möge.

Die guten Wirkungen der Revisionen dürften nicht zum geringsten Teile in der Zahl und der Art der erlassenen Auflagen Ausdruck finden. So wurden für 2015 Betriebe 4239 Auflagen erlassen. An 60 Untersuchungen von Betriebsunfällen nahmen Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes teil. Von den Auflagen wurden 1306 zur Verhütung gesundheitsschädlicher Einflüsse erlassen, nämlich hinsichtlich des

Beleuchtung 11, Lüftung 31, Staubbeseitigung 28, Beseitigung von Rauch, Dämpfen und Gase 33, Reinhaltung von Arbeits- und Aufenthaltsräumen, Aufstellen von Spundröpfen, Beseitigung von Wandanstrichen 445, Heizung 36, Beseitigung ungeeigneter Arbeits-, Wohn- und sonstiger Räume 18, Einrichtung von Bedürfnisanstalten und Reinhaltung solcher 196, Beschaffung von Garderobe, Aufenthalts- und Speiseräumen 96, Wasch- und Waderäumen, Wasserzapfstelle 124, überfüllter Arbeitsräume 4, Verbesserung von Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräumen, Schuttdächern, Sitzgelegenheiten usw. 209, Verbesserung von Bäderräumen 17, Sonstiges 68."

Zum Zwecke der Unfallverhütung wurden 1413 Auflagen erlassen, davon für Maschinen zur Holzverarbeitung 211 gegen 150 im Jahre 1911. 1520 Auflagen wurden außerdem zum Allgemeingute der Arbeiter erlassen, wovon 17 Erlassung, Verrückung und Ausschließen von Arbeitsanordnungen betreffen.

Inwieweit die Arbeiterschaft versucht, sich die Wirkungen der Gewerbeinspektion direkt nutzbar zu machen, dürfte in etwa daraus ersichtlich sein, daß aus dem Kreise der Arbeiterschaft im Berichtsjahre beim hiesigen Gewerbeaufsichtsamte 148 Schriftsätze eingingen über Mißstände in gewerblichen Anlagen. Davon 60 unmittelbar von Arbeitern und 78 von ihren Vertretern, Organisationen usw. Weiter wurden 10 Beschwerden durch Arbeiter mündlich vorgebracht. In mündlichen Verhandlungen erschienen 234 (im Vorjahre 156) Arbeitgeber und aus dem Arbeiterstande 16 Personen, zum Teil Vertreter der Organisation. Von den 148 eingelaufenen Beschwerden waren 55 völlig und 34 teilweise begründet, 36 erwiesen sich als nicht begründet, 23 Fälle sind noch nicht erledigt.

Die Zahl der der Inspektion unterstellten Betriebe stieg auch im Berichtsjahre und zwar von 15991 auf 16642. Gegenüber dem Bestande vom Jahre 1907 ist eine Zunahme von 23% zu verzeichnen. In einem Betriebe waren durchschnittlich 17,0 Arbeiter beschäftigt. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe durchschnittlich 11 und steht dieselbe in dieser Hinsicht gegenüber anderen Industrien erst an zehnter Stelle.

Wie in früherem Bericht, so auch im vorliegenden wird, wohl mit Recht, moniert, daß immer wieder bei der Fabrikinspektion anonyme Schreiben einkommen. Auch wird wieder festgestellt, daß immer noch Arbeitgeber oder Angestellte gibt, welche sich nicht besonders gut mit der Fabrikinspektion vertraut machen können und bei Revisionen Schwierigkeiten bereiten. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter müssen eigentlich darüber orientiert sein, daß anonyme Schreiben keine Beachtung verdienen, daß ein anonymer Schreiber eine große Feindschaft an den Tag legt. Wer den Mut hat, etwas zu schreiben, soll auch den Mut haben, sich als Schreiber zu bekennen.

Ueber Streiks und Aussperrungen, welche im Jahre 1912 im Großherzogtum Baden stattgefunden haben, gibt eine übersichtliche Zusammenstellung Aufschluß. Danach betrug die Zahl derselben 83, und waren davon 254 Betriebe ergrieffen. In diesen 254 Betrieben waren 7720 Arbeiter beschäftigt; 4180 Arbeiter waren an den Streiks, bezw. Aussperrungen beteiligt. Die Bewegungen betrafen in 52 Fällen die Holzbranche, 11 Mal die Arbeiterschaft und in 12 Fällen handelte es sich um die Forderung eines Tarifs. Bollen Erfolg hatten 23 Bewegungen, teilweiser Erfolg 27 und keinen Erfolg 22. In 8 Fällen erfolgte der Abschluß eines Tarifvertrages. Insgesamt wurden im Jahre 1912 in Baden 29 Tarifverträge abgeschlossen, davon 14 Kollektivverträge, 15 Einzelverträge. Für das Holzgewerbe sind Mannheim und Karlsruhe verzeichnet. Pforzheim, wo ebenfalls um die gleiche Zeit wie in Karlsruhe ein Vertrag für das Holzgewerbe abgeschlossen wurde, fehlt in der Zusammenstellung. Ueber den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriezweigen gibt der Bericht wertvolle Angaben. Befähigt wird da gemacht, wie auch der Ballantrieb auf einzelne Industriezweige Badens nachteilig einwirkte. So wird von der Pforzheimer Schmelzwerkindustrie gesagt, „der im Spätherbst so plötzlich ausgebrochene Krieg des Balkanbundes gegen die Türkei verurteilte das Geschäft mit dem Orient und Oesterreich vollständig. Schon fertiggestellte Aufträge wurden vielfach widerrufen; oft wagten auch die Fabrikanten bestellte Waren nicht abzugeben, weil das Ausbleiben der Bezahlung zu befürchten war. Die aus den Balkanländern erwartete Unterstützung der politischen Lage läßt dafür auch alle Anzeichen vermissen, eine länger andauernde Geschäftsaufblühe zu befürchten.“

Von der Uhrenindustrie heißt es, „daß der Geschäftsgang gut war, wenn auch Amerika mit Rücksicht auf die Präsidentschaftswahl mit Beschränkungen zurückhielt und die Orientlands ebenfalls eine Umschwüfung veranlaßte. Auch hier sehen einzelne Firmen ihren abgesetzten Waren nicht abgehen weil sie ihre Gelder zu kommen fürchteten.“

Nicht ohne Interesse dürfte die Mitteilung sein, daß auf dem Holzwege eine Jubelstunde, in welcher leichte und doch sehr tragfähige Holzproben für Flugzeuge hergestellt werden. Demnach dürfte die Entwicklung der Technik auch der Holzindustrie neue Probier- und Aufschwüngsmöglichkeiten bieten.

Die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse seien folgende Punkte hervorzuheben: Es wird u. a. festgestellt, daß in allen Gegenden des Landes und in allen Industriezweigen die Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit fortgeschritten. Die ungenutzte Arbeitszeit an Samstagen und an Festtagen von Festtagen bleibt fast immer mehr aus. — In der Exportindustrie einer Branche wurde ein Arbeiter bei der Bekleidung einer noch mit Bierkautschuk ausgekleideten Holzmaschine schwer verletzt. Die nahe Sicherheitswelle ist jetzt befestigt. — Ein Arbeiter lief in einem Schmelzwerk des Oberlandes, weil die zu verwendende Holzmaschine beschaffen Kupferstücke nicht richtig anordnete. — Auch an einer Holzmaschine wurde ein Arbeiter verletzt, weil die Stellung der Holzmaschine der Holzmaschine angebracht war. — Ein Arbeiter wurde im Schmelzwerk, dessen Holzstücke bei

der Bedienung der Lokomobile betreffen wurde, erhielt wegen fahrlässiger Körperverletzung und wegen Vergehens gegen die §§ 137, 146 Absatz 1 Ziffer 2 der Gewerbeordnung eine Geldstrafe von zwanzig Mark. „Die mechanische Absaugung des an den Holzbearbeitungsmaschinen entstehenden Staubes machte im Berichtsjahre weitere Fortschritte. Sie wird regelmäßig gefordert in allen Betrieben, die ständig mehr als einen Maschinenarbeiter beschäftigen. Die Zahl der Betriebe, die nach dieser Regel für die Beschaffung einer Entstaubungsanlage in Frage kommen, denen aber aus wirtschaftlichen oder betriebstechnischen Gründen die Einrichtung noch nicht zugemutet werden konnte, ist nicht mehr groß.“

„Drei Sägewerke, in denen durchschnittlich drei bis fünf Personen arbeiten, erhielten im vergangenen Jahre die Aufgabe, heizbare Räume einzurichten, die den Arbeitern als Wärmestube, zugleich aber auch als Sägefeerraum dienen sollten.“

Wir haben in früheren Hefen über die Berichte der hiesigen Fabrikinspektoren immer wieder das gegebene Material über die Milzbrandgefahren wiedergegeben. Auch in diesem Jahre enthält der hygienische Sonderbericht wieder Angaben, die erkennen lassen, daß nicht eingringlich genug auf diese Gefahren hingewiesen werden kann. Danach wurden im Berichtsjahre in Hohenhaarpfimmereien vier, in Gerbereien und Bürstenfabriken je zwei Fälle, in einer Lumpenortieranstalt und in einer Metzgerei je ein Fall von Milzbrand festgestellt. Bei drei anderen Fällen, die den Tod zur Folge hatten, bestand der Verdacht einer Milzbrandinfektion. „Eine mit Einziehen von Bürsten beschäftigte Heimarbeiterin erkrankte mit einem Geschwür am Zahnfleisch, danach traten mehrere Pusteln am rechten Arm auf. Die Frau starb nach siebzehn Tagen an Blutvergiftung.“ Angesichts dieser Gefahren besonders auch in der Bürstenindustrie muß den Arbeitern nahe gelegt werden auf das genaueste die Desinfektionsvorschriften zu beachten und dafür zu sorgen, daß diese auch von anderen beachtet werden.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Mai fällig ist.

Zwei Bezirkssekretäre gesucht. Infolge Veretzung der Kollegen Schmid-Freiburg und Schopohl-Danzig sind die beiden Bezirkssekretärstellen neu zu besetzen. Beide Stellen werden hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die Bewerber müssen mindestens 5 Jahre unserm Verbande angehört und als Vertrauensmann oder Vorstandsmitglied tätig gewesen sein.

Dem Bewerbungsschreiben ist beizufügen ein selbstgeschriebener und selbstgezeichneter Lebenslauf sowie eine kurze Abhandlung über die Aufgaben eines Bezirkssekretärs.

Verbandsmitglieder, die auf eine der beiden Stellen reflektieren, wollen ihre Bewerbungsschreiben bis zum 20. Mai an die Geschäftsstelle des Verbandes, Köln, Senloerwall 9 einbringen.

Die Jahresspille Eilenburg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 70 Pfg.).

**Lohnbewegung.**

Die Ortsvereinigungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reklamationschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

**Der Junge ist ferngehalten**

Schreiner: Goh: Heydt: (Röskes & Schneider). Steinau: (Oberhölzer). Linz am Rhein: Stelmacher, Schreiner, Tischler u. Hilfsarbeiter: Bewegungen an der Meise (Holzwarenfabrik Ernst Rose). Metallarbeiter: Dortmund (Metallfabrik Wagner u. Co.). Gasarbeiter: Ober- und Niederrhein (Kreis Neuwied).

Lohnbewegung bei der Holzwarenfabrik von Mahla in Saaf. Von den Kollegen wurde der bestehende Tarifvertrag zum 1. Mai gekündigt. Bei Einreichung der neuen Forderungen wurden eine Verkürzung der Arbeitszeit von 50 auf 56 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. die Stunde bei einem dreijährigen Tarifvertrag verlangt, gleichzeitig eine entsprechende Aufbesserung der Akkordpreise. Bei den dreimaligen Verhandlungen, die die Organisationsleiter mit der Firma hatten, wollte die Firma eine Aufbesserung der Stundenlöhne um einen Pfennig für dieses Jahr und einen Pfennig für das nächste Jahr sowie eine Arbeitszeiterhöhung von zwei Stunden pro Woche eintreten lassen. Eine Aufbesserung der Akkordpreise (die Kollegen arbeiten fast alle im Akkord) sowie eine Aufbesserung der Krankengelder sollte aber nicht stattfinden. Damit konnten sich die Kollegen nicht zufrieden geben und wurde so am 2. Mai von sämtlichen Arbeitern die Arbeit niedergelegt. Die Tarifverhandlungen in Hocht/H. sind abgemacht. Bekanntlich ist Hocht noch der einzige Ort der großen Tarifgruppe, wo eine Einigung nicht erzielt ist. Am 29. und 30. April haben im Beisein der beiderseitigen Zentralratsvorsitzenden in Hocht Verhandlungen stattgefunden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Arbeitgeber auch nicht annähernd den Schiedsspruch anerkennen wollen. Ein letzter Vergleichsversuch von Arbeiterseite, der eine Akkordpreiserhöhung von 5% vorsieht (nach dem Schiedsspruch wären es 9%), ist ebenfalls von den Arbeitgebern abgelehnt, ebenso die Erhöhung der Löhne an sich nach dem Schiedsspruch. Die Hocht Arbeitgeber scheinen es als selbstverständlich zu betrachten, daß jeder Vertrags-

erneuerung ein langer Kampf vorausgehen muß. Wird dem die immer noch große Zahl der Indifferenten nicht bald einsehen, daß hier nur eine stramme Organisation wirksam helfen kann?

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Bonn. Unsere Zahlstelle hat sich in letzter Zeit recht gut entwickelt. Die bisher anzutreffende Laune unter den Bonner Holzarbeitern ist einem regen gewerkschaftlichen Leben gewichen. Unser Versammlungen werden recht gut besucht und bekunden die Kollegen ein reges Interesse an der Verbandsarbeit. Die Mitgliederzahl hat infolge des agitatorischen Eifers der Kollegen das zweite Hundert längst überschritten. Bei dieser Zunahme stellte sich die Notwendigkeit heraus, mit den benachbarten Zahlstellen Siegburg und Drenth engere Fühlung zu suchen. Da heute in verschiedenen Orten der Umgebung Mitglieder verschiedener Zahlstellen vorhanden sind, und schon deshalb die größtmögliche Einheitslichkeit sich notwendig erwies, kam eine jüngst abgehaltene Konferenz der genannten Zahlstellen zu dem Entschluß, den Kollegen die Verschmelzung zu empfehlen. Stimmen die Mitglieder der Zahlstellen zu, so wird Bonn demnächst mit zu den stärksten Zahlstellen des Verbandes gehören. Wir hoffen natürlich, daß eine Vereinigung der drei Zahlstellen auch in agitatorischer Beziehung dem Verbands von Nutzen sein wird. Zur Regelung der Arbeitsvermittlung hat die Zahlstelle einen eigenen Nachweis errichtet, der bereits gut benutzt wird. Daburch, daß der Nachweis Fernsprechanruf besitzt, wird die Vermittlungstätigkeit wirksam gefördert. Das Erstarben der Zahlstelle führte auch dazu, daß wir für eine Anzahl von Kollegen bereits bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen konnten. So erzielten die Kollegen in der Orgelbauanstalt von Klais eine sehr guten Erfolg. Auch ein Tarifabschluß der Tapezierer beweist, daß wir auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mann zu stellen wissen. Galtten die Kollegen treu zur Stange und sorgen sie dafür, daß die seitherige Entwicklung anhält, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo das einst als so rückständig verschriene Bonn ebenbürtig jenen Städten ist, wo die Kollegen durch die gewerkschaftliche Organisation weitergekommen sind.

**Gewerkschaftliches.**

**Von der Ueberzeugungstreue.**

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Zahl der sogenannten Nachläufer eine recht große ist. Tausende von christlich und nationaldenkenden Arbeitern besitzen hier die Mitgliedschaft, weil es so unendlich bequem ist, immer mit dem großen Haufen zu laufen. Mögen die sozialdemokratischen Ideen hier einige und allein maßgebend sein — das sieht die nicht an, die ihre Ruhe haben wollen. Für diese Ruhe verleugnen sie ihre Ueberzeugung, opfern sie Beiträge zur Förderung von Ideen, die ihnen im Herzen zuwider sind. Sie wagen es nicht, gegen den Stachel zu lösen, wenn ihre Ueberzeugung mißachtet und lächerlich gemacht wird. Das ist die Gruppe der Phlegmatiker, die in ihrem ganzen Wesen den deutschen Michel mit der Zupfelmütze verkörpern.

Eine andere Gruppe ist die der Jaghaften. Diese wissen, daß sie nicht in der richtigen Organisation sind. Sie fühlen das Entwürdigende ihres Handelns. Nur mit innerem Widerstreben zahlen sie die Beiträge zur roten Organisation. Sie wissen auch, daß ihre Organisation der Zentralverband christlicher Holzarbeiter ist. Aber der Gedanke: „Sobald du dich christlich organisierst, beginnt dein Martyrium“, hält sie vom Uebertritt zurück. Sie fürchten die rote Krute, die Chi-kane auf der Werkstatt, die bissigen Reden. Die Bezirksbeamten unseres Verbandes wissen von solchen Kollegen zu erzählen. Ist der Versuch zur Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes gemacht, dann heißt es in der Regel: „Wenn die und die, die alle auf unserer Seite stehen, insgesamt übertreten, dann tue ich es auch.“ Oder: „Wenn die Zahlstelle mal stärker ist, dann trete ich bestimmt bei.“ An dem guten Willen dieser Kollegen ist nicht zu zweifeln. Es fehlt ihnen nur der Mut, sich aufzuraffen und offen und frei in die Reihen der Kämpferschar der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beizutreten.

Kascher entschlossen sind die Kollegen in der Gruppe der Fregeführten. Unter dem Deckmantel der Neutralität sind die sozialdemokratischen Agitatoren an sie herangetreten, haben ihnen von der Einigkeit aller Arbeiter und von dem „Streikbrecherischen“ Wirken von „Eigenbrödlern“ erzählt, die unter der Flagge „christlich“ die „Arbeiterinteressen schädigen“ und „gefällige Werkzeuge der Arbeitgeber sind“. Die Kollegen haben solchen Reden geglaubt, weil noch niemand da war, der die Sache anders darlegte. Sind sie aber erst einige Zeit im roten Verband organisiert gewesen, dann kommt die Erleuchtung. Sie erkennen die gepriesene Neutralität als Humbug, sie haben genug an der widerwärtigen Schimpferei auf Staat und Kirche; die Verleumdungen der christlich organisierten Arbeitsbrüder erkennen sie als ein erbärmliches System der sozialdemokratischen Bewegung. Schnell entschlossen lehnen sie den sozialdemokratischen Verbänden den Rücken und stellen sich ein in die Reihen der Gleichgesinnten.

So wie die letzte Gruppe handelt, so gehört es sich. Däne Jögern müßte von allen, die nicht in die sozialdemokratische Organisation gehören, der Uebertritt vollzogen werden. Und Aufgabe unserer Verbandsmitglieder ist es, dafür zu sorgen, daß die Lauen und Jaghaften sich zur Lat aufstraffen und die Fregeleiteten zur Erkenntnis kommen. Der Charakter hat, der stellt sich nicht in das Lager der Gegner, sondern bekennt ehrlich und offen seine Ueberzeugung. Den Anführer der Gegner fürchtet er nicht; viel lieber als das stille Duldert ist ihm der offene Kampf. Für die liebe Ruhe seine Ueberzeugung zu verleugnen, ist ihm in der Seele zuwider. Eine gute und gerechte Sache gibt er nicht ohne Kampf preis. Seine Ideale sind ihm des Kampfes, der Verteidigung wert. So zu handeln, ist eines deutschen Mannes Pflicht. Und freuen dürfen wir uns, daß die Zahl derjenigen bereits recht bedeutend ist, die aus dem Irrtum herausstreben, und sich offen zu jenen bekennen, die ihnen gleichgesinnt sind. Traten

doch in den beiden Jahren 1910 und 1912 1039 Holzarbeiter aus gegnerischen Organisationen (darunter 975 aus sozialdemokratischen Verbänden) zum Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands über. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der Uebertritte aus gegnerischen Organisationen allein 710. Die Erkenntnis, daß die Achtung der eigenen Ueberzeugung mehr zu gelten hat, als die Ruhe vor sozialdemokratischen Pfaffen, spiegelt sich wieder in diesen Zahlen. Freilich kommen auch Uebertritte vor aus unserem Verband zu sozialdemokratischen Organisationen. Sie sind indes nicht so zahlreich. Wer aber die sozialdemokratischen Agitationsmethoden kennt, findet sie begreiflich. In den meisten Fällen handelt es sich um Uebertritte von Kollegen, die, weil sie vereinzelt in Betrieben oder am Orte stehen, der Uebermacht der sozialdemokratischen Gewerkschaftler weichen. Das macht die Uebertritte allerdings nicht entschuldbar. Wo es auch immer sei, eine Abkehr von dem als richtig erkannten, darf es auf keinen Fall geben. Wenn man sieht, wie in sozialdemokratischen Hochburgen eine verhältnismäßig kleine Zahl Unverzagter allen Anstürmen trotzen, wie sie trotz aller Bekämpfung sogar noch Eroberungen machen und Fortschritte für ihre Organisation erzielen, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es überall so sein könnte, wenn jeder Kollege seine Stellung behaupten würde. Wer eine Ueberzeugung hat, der soll sie verteidigen und sich offen zu ihr bekennen, trotz des sozialdemokratischen Terrors. Und wer in das sozialdemokratische Lager hineingeraten ist, ohne daß er den sozialdemokratischen Ideen huldigt, der mache Reht und suche, wenn er Holzarbeiter ist, Anschluß an jene Organisation, in der seine Ueberzeugung und seine heiligsten Gefühle geachtet und respektiert werden, den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Angekündigte der sozialdemokratischen Bewegung in der Partei sowohl als in den Gewerkschaften, gibt es in Deutschland mehrere tausend. Einen Anhaltspunkt bietet der Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung der in der „modernen Arbeiterbewegung“ tätigen Angestellten. Diese zählte am Jahreschluß 1912 nicht weniger wie 3297 Mitglieder, darunter 2090 Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre. Die übrigen sind Parteiangestellte, Redakteure, Schriftsteller, Zeitungsangestellte, Krankenkassenbeamte u. c. In Wirklichkeit dürfte die Zahl der Angestellten noch bedeutend größer sein. Viele gehören der Unterstützungsvereinigung nicht an. Auch die Angestellten der stärksten sozialdemokratischen Gewerkschaft, des Metallarbeiterverbandes, sind nicht mit einbegriffen, da für diese eine besondere Klasse besteht.

Der bayrische Eisenbahnerverband hielt vor kurzem in Nürnberg seinen Verbandstag ab. Der erstattete Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der die Jahre 1911 und 1912 umfaßt, beschäftigt sich eingehend mit den wirtschaftlichen Berufs- und Standesfragen. Die Zahl der Mitglieder betrug am letzten Jahreschluß 26912. Die Finanzlage des Verbandes hat sich weiter gefestigt. An Einnahmen waren (einschließlich des Barbestandes vom Jahresende 1910) 289164 Mark zu verzeichnen; die Ausgaben beliefen sich auf 187416 Mark. Das Verbandsvermögen stieg in der Berichtszeit um 31713 Mark, das Vermögen der Hilfskasse um 8812 Mark; das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am letzten Jahreschluß 101748 Mark. Für Rechtschutz wurden 11331 Mark für Unterstützungen aus der Hilfskasse 12870 Mark aufgewandt. Zwecks Schulung und Weiterbildung der Mitglieder hat der Verband Unterrichtskurse eingerichtet und gibt als Beilage zum Verbandsorgan wenigstens zweimal im Monat ein Unterrichtsblatt heraus. Ferner wurden auf Anregung des Verbandes vielfach Rabattgenossenschaften und Kohleneinkaufskassen ins Leben gerufen, die im Jahre 1912 mit einem Umsatz von nahezu 2 1/2 Millionen Mark rechnen konnten und einen Gewinn von circa 200000 Mark für die beteiligten Mitglieder erzielten.

Auf der Generalversammlung des Verbandes kam die Frage des Eisenbahnerstreiks ausgiebig zur Besprechung. Bekanntlich hat die bayrische Regierung den Eisenbahnern verboten, sozialdemokratischen Verbänden anzugehören. Die sozialdemokratische Presse — die Hirsch-Dunckerische ist dieser teilweise gefolgt — hat daraufhin einen ordentlichen Spektakel über diesen „Raub des Koalitionsrechtes“ aufgeführt. Zur Frage des Verkehrsstands führte Generalsekretär Kollege Stegerwald auf der Tagung u. a. aus:

Die preussische Eisenbahnerverwaltung hat ein doppeltes getan: 1. den Beitritt zu den sozialistischen Verbänden verboten, 2. ist bei den Eisenbahnarbeitern, was organisatorische Betätigung, Ausbau der Arbeiterausschüsse, Ausgleich der Löhne usw. anlangt, ziemlich entgegengekommen. In diesem Sinne ist — man braucht dabei nicht hinter die Kulissen zu sehen — wohl auch auf andere Bundesstaaten eingewirkt worden. In Württemberg und Baden wird in absehbarer Zeit daselbe geschehen, was die letzten Tage in Bayern den Streit der Meinungen wieder entfacht hat. Was der bayerische Eisenbahnerverband seinerzeit verlangt hat und worin er von der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung unterstützt worden ist, ist nur, daß der gegnerische Verband nicht besser behandelt werden darf, wie unsere Organisation. Wer den Streit nur als wirtschaftliches Kampfmittel anerkennt, kann für das staatliche Verkehrsgewerbe ruhig auf den Streit verzichten; die Sozialdemokraten können aber nicht darauf verzichten, weil sie den Streit nicht bloß als wirtschaftliches, sondern auch als politisches Kampfmittel für sich in Anspruch nehmen. Wenn die Sozialdemokratie darauf verzichten würde, so wäre das eine Kapitulation vor dem Gegenwartsstaat. Das aber kann sie von ihrem Standpunkt aus gar nicht.

Die Generalversammlung nahm zu dieser Frage eine Resolution an, in der die Stellung des Verbandes erneut dargelegt wird.

Erfolge der christlichen Gewerkschaften in Belgien. Im Lande des sozialdemokratischen Generalstreiks nimmt die christliche Gewerkschaftsbewegung einen erfreulichen Fortschritt. In verschiedenen industriellen Bezirken Belgiens wurden kürzlich die Bruderkammern (Schiedsgerichts-Beisitzer für soziale Konflikte) gewählt. Die christlichen Arbeiter, die den Kampf in zahlreichen Wahlkreisen aufgenommen hatten, haben zu ihren Gunsten wichtige Erfolge zu buchen. Einige Ziffern sind

besonders von Bedeutung: In Bilvoorde, einem der industriellen Vororte Brüssels, erzielten die christlichen Kandidaten 988, die Sozialisten nur 887 Stimmen; infolgedessen erhalten die ersteren 6, die letzteren 5 Beisitzer. Der Ort war früher „rettungslos“ in den Händen der Sozialisten. In Hall und Fons, wo die Sozialisten Hochburgen besaßen, hat sich das Blatt gewendet, die christlichen Arbeiter beherrschen das industrielle Schiedsgericht. Auch in den wallonischen Gebieten, wo der Sozialismus am festesten sitzt, legen die christlich organisierten Brezche in die Positionen des Gegners. In Nivelles haben sie von den 15 Sitzen 8 in Beschlag genommen, während die Sozialisten früher 12 und die Mehrheit besaßen. In Dinan, machten die christlichen Kandidaten 1161 Stimmen gegen 975 der Sozialisten; auch hier haben die letzteren die Mehrheit verloren. In Lessines schließlich, wo bei der letzten gleichen Wahl noch kein christlicher Kandidat aufzutreten wagte, wurden 1500 christliche bei 3500 sozialistischen Stimmen abgegeben. Die sozialistische Alleinherrschaft ist dahin. Die Sozialisten, die den Generalkreis deklariert haben, sehen diese im Vormarsch begriffenen christlichen Arbeiter-Bataillone begreiflicherweise mit großem Mißvergnügen.

Ein Strafregister aus dem Ruhrrevier, gefüllt mit Ergebnissen von Streikprozessen, die aus dem hanebüchernen Streik des roten Bergarbeiterverbandes und seiner getreuen Nachläufer im Frühjahr 1913 herrühren, wird in der sog. Presse veröffentlicht. In 1206 Prozessen sind 299 Männer und 84 Frauen zu Gefängnisstrafen und 274 Männer und 148 Frauen zu Geldstrafen verurteilt worden. Es wurden insgesamt verhängt 30 Jahre, 11 Monate, 4 Wochen und 4 Tage Gefängnis, sowie 16345 Mk. Geldstrafen. In diesen Zahlen sind aber nur einbegriffen diejenigen Fälle, die dem roten Bergarbeiterverband bekannt geworden sind. Sonderbarerweise fehlt in der Aufstellung die Zuchthausstrafe. Sollte dem roten Bergarbeiterverband wirklich nicht bekannt geworden sein, daß mehrere seiner Mitglieder zu Zuchthaus verurteilt wurden, weil sie in Uffeln das Haus des Vorsitzenden des evangel. Arbeitervereins, — der sich dem Streik nicht angeschlossen hatte — mit Dynamit in die Luft zu sprengen versucht hatten? Den Opfern der Streikprozesse kann man gewiß das Mitleid nicht versagen. Eingesperrt gehörten eigentlich diejenigen, die sich in der sozial. Presse jetzt so sehr über die Strafen entrüsten. Was sie in den Strafen erblicken, das ist nichts anderes, als die Frucht ihrer Heßarbeit.

Wer betreibt Streikbruch? In Oberschlesien streiken die Kohlenbergarbeiter und zwar die Mitglieder aller Verbände. Der „Oberschlesische Kurier“ (Nr. 100 vom 1. Mai) schreibt dazu: „Der gelobte Bezirk der Sozialdemokraten, das Waldenburger Bergrevier, ist jetzt die Zustichfläche der ober-schlesischen, Kohle verbrauchenden Industrie. Im Waldenburger Bergrevier steht die Sozialdemokratie durchaus an der Spitze: daher hat der Führer des roten Bergarbeiterverbandes, der Bergmann Schafje, sein Reichstagsmandat; dort werden die schlechtesten Löhne überhaupt gezahlt; von dorther wird jetzt Streikbrecherarbeit geleistet. Der rote Bergarbeiterverband wäre sehr wohl in der Lage, hier einzugreifen — nicht nur zum besten der ober-schlesischen Bergarbeiter, sondern vor allem auch der Waldenburger. Daß er es nicht tut, läßt schlimme Rückschlüsse zu. Die Sozialdemokratie hat, wie so manches Doppelspiel in diesem Streik gezeigt, begriffen, daß ihr Weizen in Oberschlesien nicht blüht, und der Weizen der Waldenburger ist erst recht gleichgültig. Sie lebt, der Ideale bar, von der Unzufriedenheit, und hat deshalb kein Interesse daran, diese Unzufriedenheit zu beheben.“

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat bisher weder in diesem Streikbruch, weder in jenem der Wuppertaler rot organisierten Färber, die Streikarbeit für Ersatzfeld anfertigten, etwas „nachteiliges“ erblickt.

Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals plante den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Ohne jegliche Agitation der Verbandsleitung für diesen Anschluß fand die Anregung die Zustimmung der Mehrzahl der Ortsgruppen und der Mitglieder. Zur Generalversammlung in Nischaffenburg (2. bis 4. Mai d. J.) kam die Mehrzahl der Delegierten mit dem Mandat, dem Anschluß zuzustimmen. Bei der öffentlichen Abstimmung erklärte sich denn auch nur die Minderheit gegen den Anschluß. Da aber seitens derjenigen liberalen Presse, die sehr stark mit der Sozialdemokratie liebäugelt, eine unverkündete Heße gegen die Verbandsleitung getrieben worden war, als wenn diese aus Sonderinteressen den Anschluß begünstigte, beantragte die Verbandsleitung die Abstimmung über den Antrag mittels Stimmzettel. Was man kaum erhofft, trat ein: die Heße jener Presse hatte derart gewirkt, daß in geheimer Abstimmung der Anschluß mit 92 gegen 87 Stimmen abgelehnt wurde. — Die Mitglieder werden sich ihre Delegierten in Zukunft jedenfalls etwas besser ansehen. Uebrigens erscheint auch uns der Anschluß noch etwas verfrüht. Wenn die Delegierten eines Verbandes nicht einmal öffentlich so zu stimmen wagen wie geheim, dann ist das ein sicheres Zeichen dafür, daß man es z. T. noch mit sehr unsicheren Kantontisten zu tun hat. Der Anschluß an den Gesamtverband erfordert auf alle Fälle eine stärkere gewerkschaftliche Reife, als sie von der Mehrzahl der Delegierten in Nischaffenburg bekundet wurde. Dem Anschluß an das Staatsarbeiterkartell (Siz Elberseld) stimmte die Generalversammlung zu. Dieses Kartell vertritt bekannt unter den Staatsangestellten und Arbeitern dieselben Tendenzen, wie der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

Der deutsche Krankenpflegerverband (angeschlossen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften) hielt am 4. und 5. Mai in Nürnberg seine 4. Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes stellte fest, daß die Mitgliederzahl in zwei Jahren von 1400 auf 1800 gestiegen ist. Auch das Verbandsvermögen vermehrte sich von 2000 auf über 5000 Mk. Mehrere tausend Mark wurden an Unterstützungen geschickt. Die Verbandszeitung mußte vergrößert werden. Die Stellenvermittlung ist für diesen Beruf schwer zu dirigieren, es konnten aber trotzdem 1630 Stellen durch die Mitglieder besetzt werden. Zur Verbesserung der Lage der Mitglieder hat der Verband zahlreiche Aktionen unternommen, die von sehr gutem Erfolge begleitet waren. So beträgt die Lohnauf-

besserung der Krankenpfleger in den staatlichen Anstalten Württembergs allein 60000 Mk. pro Jahr. Der Verbandsstag wählte die seitherige Verbandsleitung einstimmig wieder.

Politische Neutralität der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine. Zu den preussischen Landtagswahlen werden verschiedene Mummelgreise im Hirsch-Dunckerischen Lager etwas munter. So der „Gewerkverein“, das Hauptorgan dieser Richtung (Nr. 36). Zur Bekräftigung seiner politischen „Neutralität“ werden die Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine gegen das preussische Wahlrecht und gegen die rechtsstehenden Parteien zum Kampfe aufgerufen. Die Gleichgültigkeit der Wählermassen berge die schwere Gefahr in sich, daß die Rechte im preussischen Abgeordnetenhaus ohne Zentrum die absolute Mehrheit erringen könne, wozu nur noch einige Mandate fehlten: „Was dann aber einträte, wenn ihr Wille völlig unbeschränkt zur Geltung käme, kann sich jeder selbst ausmalen. Ein paralleles Beispiel böte Bayern, das ganz vom Zentrum regiert wird.“ Im selben Atem versichert das Hirsch-Dunckerische Blatt, dies solle beiseite keine Parteipolitik sein. Noch entschiedener spricht sich der „Regulator“ (Nr. 17), das Organ des stärksten H.-D. Gewerksvereins, der Metallarbeiter, aus. Er befürwortet eine Stärkung der Sozialdemokratie im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Der Gewerksvereiner wird einen Sozialdemokraten nur dann wählen, wenn er ihn in Anbetracht der Gegenkandidaten als das kleinere Uebel ansieht. Andererseits kann ja die sozialdemokratische Partei für sich allein im preussischen Landtag in absehbarer Zeit keinen genügenden Einfluß gewinnen, die Junkerübermacht zu brechen. Das wäre nur im Verein mit bürgerlichen Parteien möglich, aber gerade dagegen sträubt sich noch die preussische Sozialdemokratie, sie wird noch umlernen müssen. Es ist aber auch sehr wichtig, daß innerhalb der links stehenden bürgerlichen Parteien der Arbeitereinfluß größer wird, das kann aber nur durch die Mitarbeit der Arbeiter erreicht werden. Eines steht fest: eine gründliche Aenderung der Zusammensetzung des preussischen Landtages ist nur möglich, wenn Sozialdemokratie und bürgerliche Linke bei preussischen Landtagswahlen sich vorher gegenseitig verständigen. Da helfen weder radikale Phrasen seitens der Sozialdemokraten, noch ängstliche Zurückziehung seitens der bürgerlichen Linke.“

Wer jahraus, jahrein auf seine politische Neutralität pocht, der sollte sich wohl hüten, in einer solchen Weise Stellung zu politischen Vorgängen zu nehmen. Tut er's trotzdem, so muß er damit rechnen, entweder als Schwindler oder als ein Hampelmann angesehen zu werden.

Die Aussperrung im Malergewerbe bröckelt weiter ab. Am Beginn der neunten Kampfwache waren noch etwa 10500 Gehilfen ausgesperrt, arbeitslos oder im Streik, denen 19000 Gehilfen gegenüberstanden, die bereits zu neuen tariflich geregelten Bedingungen arbeiten. Dadurch ist in vielen Orten, wie Köln, Dortmund, Freiburg i. Br., München usw. der Kampf praktisch erledigt, wozu eine erhebliche Anzahl von Städten kommt, wo durch korporative Tarifabschlüsse der Kampf auch formell beendet ist. Die Arbeitergeberpresse sucht gleichwohl diesen Stand der Dinge zu verschleiern und prophezeit nun schon seit sechs Wochen den „großen Sieg, der schon in kurzer Zeit oder gar schon in wenigen Tagen“ den Aussperrlingen zufallen werde. Vielen Malermeistern wird beim Warten auf den „Sieg“ die Zeit schon recht lang, besonders denen, welche Inhaber eines richtigen Geschäftes sind. Um die bei der Stange zu halten, werden die Innungen weiter mißbraucht. Trotz der Erklärung des preussischen Handelsministers, die das Verhalten der Innungen als ungesetzlich bezeichnen, fassen diese ihre ungesetzlichen Beschlüsse erneut, ja verschärfen sie sogar noch. Wenn dieses Verhalten für das Innungswesen unangenehme Folgen zeitigen sollte, so werden sich die Handwerksmeister bei den Scharfmachern im Malergewerbe dafür zu bedanken haben. In der letzten Aprilwoche hat auf Veranlassung des Berliner Oberbürgermeisters, Erzengel Wermuth eine Aussprache von Vertretern der kämpfenden Parteien stattgefunden, wobei vereinbart wurde, unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen und unter Zugleichung von je zwei Vertrauensmännern der Arbeitgeber und -nehmer eine Einigungsverhandlung zu veranstalten. Aus mehrfachen Gründen mußte der zunächst dafür in Aussicht genommene Termin verschoben werden, sodaß es in den Tagen nach Pfingsten zu Verhandlungen kommen wird.

Erst Freund, dann Feind. Ein gewaltiger „Christenstößer“ war der Beamte Kiel des soziald. Transportarbeiterverbandes in Köln. Der Mann hat sein Möglichstes zur „Bermichtung der Christlichen“ in der soziald. „Rheinischen Zeitung“ getan. Wie's kam, das weiß man nicht — aber eines guten Tages war Genosse Kiel abgesetzt. Die „Rheinische Zeitung“ kaufte ihn sich und berichtete, daß Kiel auf den Pfaden des ehemaligen Parteisekretärs Müller gewandelt sei und sich zwar nicht mit einem Arbeitgeberverbande, wohl aber mit dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie in Verbindung gesetzt habe; jedenfalls nicht um seinen politischen und gewerkschaftlichen Freunden zu dienen. Der Betrachtung der Kielschen Handlungsweise waren noch allerlei Bemerkungen eingeflochten. Kiel fühlte sich mit dem Erfolg beleidigt, daß das zur Ehrenrettung angesehene Gericht den Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilte. Der Nachfolger Kiels im Amte hatte ein Flugblatt herausgegeben, das für den Vorgänger auch gerade nicht schmeichelhaft war. Dafür muß der Verfasser 75 Mk. blechen; der Drucker des Flugblattes 10 Mk. Der Weg Kiels zum Reichsverband ist durch diese Ehrenrettungen nun wohl vollständig frei.

## Soziale Rundschau.

### Deutsche Volksversicherung.

In einer Besprechung des Planes einer sozialdemokratischen Volksversicherung, der sog. „Volksfürsorge“ in Nr. 34 des „Holzarbeiter“ 1912, wurde gesagt: „Es wäre wirklich an der Zeit, daß in großzügiger Weise das Problem der Volksversicherung auch auf unserer Seite in Angriff ge-

nommen würde, wenn nicht die Verstaatlichung des ganzen Versicherungswesens für die bessere Maßnahme gehalten wird.

Der hier geäußerte Wunsch ist schnell erfüllt worden. In kurzer Zeit wird die „Deutsche Volksversicherung A.-G.“, ein gemeinnütziges Unternehmen, an dem sich die Mehrzahl der nationalen Standesorganisationen beteiligt, ihre Tätigkeit aufnehmen.

Eine gewaltige Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung fand Sonntag, den 4. Mai, in Singen in der Hohentwiel-Festhalle statt.

Die Versammlung fand einstimmig folgende Entschließung: „Die am 4. Mai 1913 in der Hohentwiel-Festhalle in Singen a. S. zum christlichen nationalen Arbeitertag der Bodenseeregion versammelten nahezu 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen...

1. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seeregion müssen sich mehr wie bisher den christlichen Gewerkschaften anschließen, weil nur diese in der Lage sind, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft erfolgreich zu vertreten.

2. Die in Religion und Vaterland stehenden Arbeiter müssen sich in größerem Umfange wie bisher den konfessionellen Arbeitervereinen anschließen, deren ganz besondere Aufgabe die religiös-sittliche Erziehung, sowie staatsbürgerliche Schulung ihrer Mitglieder ist.

3. Angesichts der stets steigenden Zahl der Industriearbeiterinnen sind an alle drei Orte, die eine größere Arbeiterinnenzahl aufweisen, konfessionelle Arbeiterinnenvereine zu errichten, die neben der religiös-sittlichen Erziehung auch die hauswirtschaftliche Ausbildung ihrer Mitglieder angelegen sein lassen müssen.

4. Die heranwachsende Jugend ist in eigenen Vereinen zu sammeln, und gegen die Gefahren der Zeit und des Berufs körperlich, geistig und religiös zu schützen und zu stärken.

Der wirtschaflichen und seelischen Tätigkeit der Sozialdemokratie muß in Zukunft von Arbeiter, Volk und Vaterland eine großartige, systematische Arbeit entgegengesetzt werden.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft der Bodenseeregion ist gewillt, mit den übrigen deutschen Volksgenossen an nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Kampfkämpfen des deutschen Volkes mitzuwirken.

Obwohl eine Restauration während der Tagung fast nicht möglich war und eine große Anzahl der Teilnehmer einen stundenlangen Weg zurückgelegt hatten, hielten die Tausende in unerschütterlicher Disziplin aus.

Einstimmige Aussprüche für Arbeiterwohl. Der neuen in neuer Auflage erscheinende Katalog der künftigen Ausstellung für Arbeiterwohlheit (Reichsanstalt, Charlottenburg, Franz-

hoferstraße 11/12, gibt erfreuliche Kunde von der dauernden Fortentwicklung, die diese, der Verwaltung des Reichsanstalts des Innern unterstehende, dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung stehende Schauausstellung nimmt.

„Genossen“ streifen in „Genossen“-Betrieben. Wenn man die Sozialdemokraten reden hört, dann rührt alles Glend auf der Welt her, von der privatkapitalistischen Produktionsweise.

Ein zweiter Streik von Genossen in einem sozialdemokratischen Betriebe spielt in Hamburg bei der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine, also in der Druckerei der sozialdemokratischen Genossenschaftszentrale.

Der freie Samstagnachmittag. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen — man vergleiche die Stellungnahme der

Leitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes zu dieser Frage — gewinnt der freie Samstagnachmittag immer mehr an Bedeutung. Es ist ja auch nicht zu leugnen, daß das Freistein von der Berufsarbeit an den Nachmittagen vor den Sonn- und Feiertagen eine angenehme Tatsache ist.

Strengere Aufsicht über die sog. Schwundelassen. Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat der Straßburger Versicherungsanstalt e. S. und der Humanitas, Deutsche Versicherungsgesellschaft e. S. in Straßburg den Geschäftsbetrieb untersagt.

Fachtechnische Notizen.

Etwas vom Leim. Daß der Leim für viele Industrien ein wichtiger, ja unentbehrlicher Artikel ist, von dessen Güte und Beschaffenheit das ganze Gelingen einer Arbeit abhängt, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Anzeigen der Zahlstellen.

Bonn.

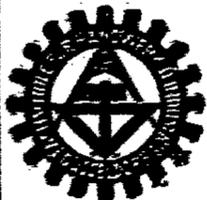
Dieser Zehlfest hat einen erheblichen Erfolg. Der Aufsichtsrat wird vom Kollegen Wehmann, Friedrichstraße 23 B (Sprechungsstelle) Entsch. gef. Diese Stellen sollen möglichst rasch besetzt werden.

Süßdorf.

Das Büro befindet sich Zehlfest 371. Sprechungsnummer Nr. 19 503. Diese Stellen sollen möglichst rasch besetzt werden.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER



(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerbli. Gesetzeskde., Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnaca).

PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottestr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Empfohlene Firmen für Kabinette, Schränke und Füllungen

Carl Jansen, Carl Jansen, Köln. — Druck von Heinrich Heilmann, Köln.

Zücht. Tischler und Polierer

für seine elektrotechnische Holzwaren findet dauernde, gut lohnende Beschäftigung bei Aug. Koppermann, Holzwarenfabrik und Kunsttischlerei, Witten i. Sa.

Drehstler

nach Köln gesucht. Meldungen bei der Ortsverwaltung des Verbandes.